

## **Newsletter Nummer 3/2017: Aktuelles aus Kreistag und Fraktion**

### **Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 30. Mai 2017**

#### **Arbeit der Stabsstelle Integration**

Anne Kathrin Wenk, Leiterin der Stabsstelle Integration, stellte in einem Kurzvortrag die Aufgaben der Stabsstelle Integration im Jobcenter vor, die sich auf die sechs Handlungsfelder Bildungsmanagement, gesellschaftliche Öffnung und Integration, interkulturelle Öffnung der Verwaltung, Arbeitsmarktzugang, Vernetzung und Wohnraummanagement konzentriert.

Sie erläuterte beispielhaft die Tätigkeiten im Bereich des Bildungsmanagement, für das drei Mitarbeiter – eingeteilt nach örtlichen Gebieten - verantwortlich sind, die eine umfassende Bildungsdatenbank erstellt haben, in der die Lebensläufe der Betroffenen, die Maßnahmen nach Art, Finanzierbarkeit, Umsetzung u.a. aufgelistet sind.

Mithilfe von Social-Media-Plattformen und Vernetzung mit Ehren- und Hauptamtlichen soll die Integration erleichtert werden. Weitere Veranstaltungen – wie am 24. Juli 2017 die Veranstaltung „Ankommen“ in Lobbach, Gesprächsrunden mit Integrations- und Flüchtlingsbeauftragte, Treffen mit ehrenamtlichen Asyalarbeitskreisen u.a. – sind geplant.

#### **Bericht über die Situation unbegleiteter minderjähriger Ausländer**

Der aktuelle Sachstandsbericht des Kreisjugendamts zu den unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) und Flüchtlingsfamilien war zur Kenntnisnahme von der Leiterin des Kreisjugendamts Janssen dargestellt worden. Sie wies u.a. darauf hin, dass im Herbst wieder mit Zuweisungen von UMA zu rechnen sei, die zu einer weiteren Erhöhung der Zahlen im Rhein-Neckar-Kreis führen könnten.

Der ausführliche Bericht kann nachgelesen werden auf der Internet-Seite des Rhein-Neckar-Kreises unter:

<https://ratsinformation.rhein-neckar-kreis.de/sdnet/sdnetrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.HaylYu8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZ>

[o5Ok4KfyIfuCWsESn4Ri2Pe.MavCXuCWn4Oi0Lg-  
IbvDauHTp8To1Ok0HbwHau8Vt6Pi7Kj2GJ/Beschlussvorlage\\_51-2017.pdf](#)



Die Sprecherin der Freie Wähler-Fraktion im Jugendhilfeausschuss, **Kreisrätin Claudia Stauffer**, dankte für den ausführlichen Bericht des Jugendamts und hob folgende Punkte des Berichts besonders hervor:

Das Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher hat mit seinem Inkrafttreten im November 2015 dafür gesorgt, dass die UMA in der Bundesrepublik gerecht verteilt werden, auch wenn dies im Rhein-Neckar-Kreis zunächst zu einer Vervielfältigung der Zahlen von 30 auf 350 führte und seit September 2016 die Zahl der UMA konstant knapp unter 400 liegt.

Diese Kontinuität der Zahlen hat zu einer Umorientierung der Tätigkeit des Kreisjugendamts von der Sicherstellung der Erst- und Notversorgung in den Ausbau von Jugendhilfeangeboten und –einrichtungen geführt: Mehr als 300 UMA sind zwischenzeitlich in Jugendhilfeeinrichtungen verlegt, 31 in Pflegeheimen untergebracht, 44 in Gemeinschaftsunterkünften und Anschlussunterbringungen.

Stauffer bedauerte, dass einige UMA sich mit Eintritt der Volljährigkeit gegen den weiteren Aufenthalt in Jugendhilfeeinrichtungen entscheiden. Sie wies auf die Ausführungen in dem Sachstandsbericht hin, wonach für diese jungen Volljährigen bundesweit nach „neuen Modellen“ gesucht werde, die insbesondere den jungen Volljährigen nach ihrem Austritt aus der Jugendhilfe angeboten werden könnten. Stauffer empfahl, nachdem solche „neuen Modelle“ noch nicht entwickelt sind, bereits in der Jugendhilfeeinrichtung die jungen Volljährigen für einen längeren Aufenthalt zu überzeugen. Das betreute Wohnen sei nur dann eine Alternative, wenn die Betreuung hinreichend gewährleistet sei, doch sei oftmals keine ausreichende Betreuung angeboten.

Bezugnehmend auf den Bericht, in dem als beste Unterbringung wegen der höchsten Integrationswirkung (beruhend sowohl auf der Vermittlung von Deutschkenntnissen als auch hinsichtlich der Schul- und Berufsausbildung) die Unterbringung in Pflegefamilien dargestellt wird, regte Stauffer an, dass die Bemühungen des Kreisjugendamts, geeignete Pflegefamilien zu finden, unbedingt intensiviert werden müssten, auch wenn der Rhein-Neckar-Kreis bereits jetzt schon eine bundesweit überdurchschnittliche Unterbringungsrate von 10 % hat.

Landrat Dallinger äußerte hierzu, dass eine noch höhere Unterbringungsrate den Bediensteten im Kreisjugendamt nicht zumutbar sei. Die Leiterin des Kreisjugendamts Janssen wies darauf hin, dass es seit den Vorfällen in Köln schwieriger geworden sei Pflegefamilien zu finden; es werde von den potentiellen Pflegeeltern viel umfangreicher nach den Aufgaben und Konsequenzen gefragt.

Hinsichtlich der Personalentwicklung betonte Stauffer, dass sich die Freien Wähler darauf verlassen, dass der Kreis sich bei erforderlich werdenden Anpassungen des Personalbestands gewissenhaft am Bedarf orientiere – gerade im Hinblick darauf, dass die entstehenden Personalkosten nicht vom Land gedeckt werden.

## Ausgaben- und Fallzahlenentwicklung

Die Freie Wähler-Fraktion nahm von den Auswertungen des Kommunalverbandes für Jugend- und Soziales Baden-Württemberg (KVJS) zu den Ausgaben der Jugendämter in Baden-Württemberg für die Hilfen zur Erziehung und weiteren individuelle Jugendhilfeleistungen sowie zu den Fallzahlenentwicklungen im Jahr 2015 und den ausgewählten Ausgaben- und Fallzahlenentwicklungen bei den Hilfen zur Erziehung im Jahr 2016 Kenntnis.



**Kreisrätin Claudia Stauffer** hob aus dem umfangreichen Auswertungsmaterial, nachzulesen unter

[https://ratsinformation.rhein-neckar-kreis.de/sdnet/sdnetrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.HaylYu8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZo5Ok4KfylfuCWsFSq4Qp0Oe.JayCXuCWn4Oi0Lg-lbvDauHTp8To1Ok0HbwHau8Vt6Pi7Kj2GJ/Beschlussvorlage\\_52-2017.pdf](https://ratsinformation.rhein-neckar-kreis.de/sdnet/sdnetrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.HaylYu8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZo5Ok4KfylfuCWsFSq4Qp0Oe.JayCXuCWn4Oi0Lg-lbvDauHTp8To1Ok0HbwHau8Vt6Pi7Kj2GJ/Beschlussvorlage_52-2017.pdf)

hervor, dass die Transferaufwendungen im Kreis im Jahr 2015 wiederum gestiegen seien, was insbesondere auf den Mehraufwendungen für die Unterbringung von UMA mit 2,48 Mio. € und im Bereich der individuellen Hilfen für junge Menschen mit 424.000 € über dem Planansatz beruhte.

Stauffer wies darauf hin, dass der starke Anstieg der Fallzahlen im ambulanten Bereich gewollt sei und die kostenintensiveren stationären Hilfen zur Erziehung vermeiden soll. Nach Stauffer zeige sich hier die positive Entwicklung „ambulant vor stationär“.

Wichtig sei für die FW-Fraktion das Fazit des Kreisjugendamts bei der Auswertung des Zahlenmaterials, dass die Entwicklung der Transferaufwendungen und der Inanspruchnahme der Erziehungshilfen im Landesvergleich nicht auffällig sei. Alle Kreise hätten mit der Zunahme von Transferaufwendungen verursacht durch die Mehraufwendungen für UMA zu kämpfen, so die Leiterin des Kreisjugendamts Janssen.

## **Pflegegeld für Kinder und Jugendliche in Vollzeitpflege**

Der Beschlussvorlage, die Übernahme der Empfehlungen zu Leistungen zum Unterhalt – Pflegegeld - für Kinder und Jugendliche in Vollzeitpflege rückwirkend zum Januar 2017, hat die FW-Fraktion zugestimmt.

Das Pflegegeld, das Pflegefamilien zur Deckung der Unterhaltsleistungen für Kinder und Jugendliche in Vollzeitpflege pauschal erhalten, wird vom Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg mit dem Landkreistag Baden-Württemberg und dem Städtetag Baden-Württemberg als Empfehlungen erarbeitet.

Der Deutsche Verein empfiehlt für das Jahr 2017 aufgrund der gestiegenen Verbraucherpreise, die Pauschalbeträge hinsichtlich der Kosten für den Sachaufwand und der Kosten für die Pflege und Erziehung in der Altersstufe von 0 bis 6 Jahren von 777 € auf 784 € zu erhöhen. Bei den anderen Altersstufen bleiben die Beträge unverändert.

## **Vereinbarungen mit Vereinen über erweiterte Führungszeugnisse**

In dem Bericht über den Abschluss der Vereinbarungen zu erweiterten Führungszeugnissen stellte das Kreisjugendamt seine Bemühungen dar, sämtliche Vereine im Rhein-Neckar-Kreis auf die durch das Bundeskinderschutzgesetz geänderten Regelungen in § 72 a Achstes Sozialgesetzbuch hinzuweisen:



Nach dieser Bestimmung sollen auch den neben- und ehrenamtlichen Tätigen im Verein – nicht mehr nur den Hauptamtlichen – die Einholung eines erweiterten Führungszeugnis auferlegt werden, was dem Schutz der Kinder und Jugendlichen vor sexueller Gewalt dienen soll.

Der Kreis muss hierbei den Vereinen und Verbänden, wenn sie keine finanziellen Förderungen erhalten, lediglich den Abschluss einer Vereinbarung mit dem Kreisjugendamt anbieten, die zum allgemeinen Ziel die Gewährleistung und Verbesserung des Schutzes vor Kindeswohlgefährdung hat.

Wie in dem Bericht dargelegt wird, hat der Kreis nur dann die Möglichkeit, mittelbar Druck auszuüben, wenn Leistungen und Angebote von der öffentlichen Jugendhilfe (mit)finanziert werden.

**Kreisrätin Claudia Stauffer** bedauerte, dass von 1.335 vom Kreis angeschriebenen Vereinen nur 615 eine Vereinbarung mit dem Kreisjugendamt abgeschlossen, 122 Vereine den Kinderschutz ohne Vereinbarung, jedoch mit einer Selbstverpflichtung

wahrgenommen und 680 Vereine auf die immerhin insgesamt bis zu 4 Schreiben des Kreisjugendamts nicht reagiert haben.

Sie begrüßte, dass das Kreisjugendamt, obgleich es seine gesetzlichen Verpflichtungen mehr als notwendig erfüllt habe, weiterhin bemüht sei, die verbliebenen 680 Vereine hinsichtlich des Kinderschutzes durch Informations-Flyer und –veranstaltungen zu sensibilisieren und den Vereinen, die den Kinderschutz ernst nehmen und eine Vereinbarung mit dem Kreisjugendamt geschlossen haben, zu erlauben hiermit zu werben.

## **Schulsozialarbeit**

Der Kreistag hatte am 10. Dezember 2013 beschlossen, die Schulsozialarbeit ab dem Haushaltsjahr 2014 im Rhein-Neckar-Kreis zu fördern. Die Förderpauschale des Kreises entspricht derjenigen des Landes Baden-Württemberg.

Ziel der Förderung ist, die Finanzierung zu sichern und einen flächendeckenden Ausbau zu erreichen.

Die Schulsozialarbeit wird im Rhein-Neckar-Kreis seit 2014 kontinuierlich ausgebaut.

Der Anteil der Stellen ist seit dem ersten Förderzeitraum bis heute um knapp 14,5 Stellen gestiegen. Im ersten Förderzeitraum wurden 35,68 Stellen in 21 Gemeinden für 87 Schulen gefördert, aktuell sind es 50 Stellen in 30 Gemeinden für 121 (von 163) Schulen.

Zur Wirkungssicherung und -entwicklung von Schulsozialarbeit im Rhein-Neckar-Kreis wurde u.a. das Handbuch „Qualitätsstandards Schulsozialarbeit im Rhein-Neckar-Kreis“ entwickelt. Die Resonanz auf das Handbuch ist durchweg positiv. Es wird als sehr gute Arbeitshilfe angenommen.

Die Förderrichtlinien des Rhein-Neckar-Kreises legen fest, dass die Träger von Schulsozialarbeit jeweils zum Schuljahresende dem Kreisjugendamt für jede Schule einen Tätigkeitsbericht vorlegen müssen. Dieser Bericht ist die Voraussetzung für die Weiterbewilligung der Fördermittel. Wurde zu Beginn der Förderung die Berichtsform noch offen gestaltet, hat das Kreisjugendamt mittlerweile einen standardisierten Fragebogen entwickelt, um eine kreisweite und trägerübergreifende Auswertung zu inhaltlichen und qualitativen Aspekten vornehmen zu können.

Schulsozialarbeit ist im Rhein-Neckar-Kreis überwiegend an Grundschulen (33 %) vertreten, gefolgt von Werkrealschulen und Realschulen (je 12 %). Der Anteil der weiteren Schulformen beträgt bei Förderschulen und Gymnasien je 9 %, bei Gemeinschaftsschulen und Berufsschulen je 8 % und Sonstiges 9 %.

Das Beratungsangebot der Schulsozialarbeit wird sehr gut angenommen.

Beraten werden Lehrer, Schüler und Erziehungsberechtigte.

Hauptbeweggründe für die Beratung sind Schul- und Ausbildungsprobleme (30 %) sowie Mobbing (15 %).

Die Kooperation mit anderen sozialpädagogischen Einrichtungen ist ein wichtiger Bestandteil der Schulsozialarbeit. Der Stellenwert der Netzwerkpartner wird mit 95 % als hoch bzw. sehr hoch bezeichnet.

Abgefragt wurde hier insbesondere die Zusammenarbeit mit dem Kreisjugendamt, den Psychologischen Beratungsstellen, dem Kinderschutzzentrum, den Suchtberatungsstellen, anderen Schulen, der Arbeitsagentur, dem staatlichen Schulamt, der Polizei, den Jugendzentren, den Kinder- und Jugendpsychiatrien, den Schülerhorten und den Vereinen und Verbänden.

Hervorzuheben ist die Zufriedenheit mit der Kooperation mit den Psychologischen Beratungsstellen (sehr zufrieden: 54 %, teils zufrieden: 40 %).

Insgesamt bedeutet dies, dass zwischen Schulsozialarbeit und Mitarbeiter von anderen Einrichtungen eine gute bis sehr gute Kooperation und Vernetzung besteht, die jedoch noch weiter ausgebaut werden sollte.

Ein weiteres Indiz für eine gute Kooperation und Vernetzung ist die Zahl der Weitervermittlungen an andere Institutionen. Die diesbezügliche Abfrage hat ergeben, dass von 86 Schulen Beratungsfälle an eine Psychologische Beratungsstelle weitervermittelt wurden und von 81 Schulen an das Kreisjugendamt.

Abgefragt wurde auch das Vorgehen und die Kooperation bei Verdacht auf eine Kindeswohlgefährdung. Von Interesse ist hier zum einen die Zusammenarbeit von Schulsozialarbeit mit einer sog. „Insoweit erfahrenen Fachkraft“ zur Unterstützung bei der Einschätzung von Kindeswohlgefährdung und zum anderen die Weitervermittlung durch die Schulsozialarbeit an das Kreisjugendamt. 25 % der Schulen gaben an, dass sie eine „Insoweit erfahrene Fachkraft“ zur Beratung und Unterstützung in Anspruch genommen haben und 35 % haben an das Kreisjugendamt eine Meldung von Verdacht auf Kindeswohlgefährdung gemacht.

Die Abfrage nach der Einschätzung der Schulsozialarbeiter, ob die Ziele der Förderrichtlinien des Kreises erreicht bzw. umgesetzt wurden, wurde meist positiv bewertet.

Dass Förderziele, wie die Integration benachteiligter Schüler, das Hinführen und Befähigen zu gesellschaftlicher Verantwortung und sozialem Engagement sowie das Vorhalten genderspezifischer Angebote, als weniger erreicht eingeschätzt wurden, lag vor allem an den zeitlichen Ressourcen, die eine Priorisierung von Aufgaben zwingend notwendig machten. Nur wenn Schulsozialarbeit weiter ausgebaut wird, können auch diese Ziele intensiver verfolgt werden.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Schulsozialarbeit seit 2014 stetig ausgebaut wurde und sich im Rhein-Neckar-Kreis zu einem wichtigen Teil der

Jugendhilfe entwickelt hat. Die vielfältigen Angebote werden angenommen und als hilfreich bewertet. Die Schwerpunkte Kooperation und Vernetzung, Beratung und Vermittlung, sowie Gruppen- und Projektangebote werden überwiegend als positiv angesehen und führen zu einem besseren Schulklima. Wesentliche Ziele, die mit der Förderung von Schulsozialarbeit erreicht werden sollen, werden überwiegend auch als (voll) erreicht angesehen.

Das Handbuch „Qualitätsstandards Schulsozialarbeit im Rhein-Neckar-Kreis“ wurde sehr positiv angenommen und bietet große Unterstützung für die Praxis. Das Kreisjugendamt bietet den Schulsozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern zudem mit seiner Jahrestagung eine Plattform für den Austausch und zur Fortbildung an.

**Kreisrat Konrad Fleckenstein** betonte in seiner Stellungnahme für die Freien Wähler, dass es an der Notwendigkeit und auch Sinnhaftigkeit der Schulsozialarbeit keine Diskussionen gebe. Im Gegenteil, aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung wird Schulsozialarbeit noch weiter ausgebaut werden müssen. Nachdenklich muss aber machen, dass der größte Anteil von Schulsozialarbeit in den Grundschulen stattfindet. Versäumnisse in diesem Bereich wird aber die Gesellschaft teuer zu stehen kommen.



Sehr begrüßenswert ist das Engagement des Kreisjugendamtes, durch verschiedene Maßnahmen die Qualität der Schulsozialarbeit zu sichern.

## **Jahresbericht der Erziehungsberatungsstellen**

Die Erziehungsberatungsstellen sind ein unverzichtbarer Baustein in der Jugendhilfe des Rhein-Neckar-Kreises. Sie sind ein niederschwelliges Angebot ohne Antrag, ohne Kosten und ohne Bedarfsprüfung für die Ratsuchenden.

Die Hauptaufgabe ist die Unterstützung und Beratung der Eltern in ihrer Erziehungsarbeit. In turbulenten Zeiten müssen Familien ihren Weg finden.

Erziehungsberatung kann ein Kind von der Geburt bis zum Erwachsenen begleiten.

Die Nachfrage nach Beratung ist mit knapp 4.000 Beratungen weiterhin hoch.

Es gibt ein gutes Netzwerk mit Kitas und Schulen, damit werden die Zugangsschwellen für Eltern deutlich verringert. Die Angebote der Erziehungsberatungsstellen soll bei auftauchenden Problemen den Familien Hilfestellung geben. So können 78 % der Eltern nach 5 oder weniger Gesprächen ihre Angelegenheiten wieder selbst regeln. Damit kann verhindert werden, dass kleine Probleme zu großen Problemen werden.

Die Wartezeit liegt bei 53 % der Fälle unter 14 Tagen, damit kann schnell geholfen werden. Die Altersverteilung und die Beratungsanliegen sind in ihrer Häufigkeit in etwa gleich geblieben. Es sind die Kinder und Jugendlichen in der Vorpubertät und in der Pubertät, die besonderer Betreuung und Beratung bedürfen.

Bei 72 % der Fälle erfolgt eine Erziehungsberatung mit Familie oder Eltern, wobei in 54 % die Eltern zusammen leben. Nicht die Alleinerziehenden bilden, wie oft angenommen, die größte Gruppe der Ratsuchenden.



Gut gefalle den Freien Wählern die aufsuchende Beratung in Kindertagesstätten und Schulen mit Elterngesprächsgruppen, führte **Kreisrätin Christa Ohligmacher** in ihrer Stellungnahme aus. Damit werde die Schwelle weiter reduziert und man erreicht vielleicht auch Eltern mit Migrationshintergrund, die zurzeit unterrepräsentiert sind.

Das Angebot der E-mail Beratung ist ein gutes, niederschwelliges Beratungsangebot für Jugendliche. Auch hier kann in 75 % der Fälle mit 3 E-Mails schnell geholfen werden.

Die Freien Wähler nahmen den Bericht der Erziehungsberatungsstellen mit Zustimmung zur Kenntnis und dankten für die gute Arbeit. Es sei wichtig, dass auch künftig die erforderlichen Mittel für eine gute Beratung bereitgestellt werden.

## **Weitere Informationen.....**

Weitere Informationen zu allen Themen gibt es im Ratsinformationssystem des Kreises hier: <http://93.122.78.25/sdnet/vorlagen>

## Wechsel an der Spitze der Freien Wähler

Jürgen Schmitt wurde zum neuen Vorsitzenden des Kreisverbandes gewählt – Er folgt auf Dorle Terboven

**Weinheim.** (kaz) Der Kreisverband der Freien Wähler (FW) Rhein-Neckar, dem 34 Ortsvereine angehören, hat einen neuen Vorsitzenden. Es ist Jürgen Schmitt, ehemaliger Bürgermeister von Plankstadt und Mitglied der Verbandsversammlung Metropolregion. Schmitt, wohnhaft in Wiesloch, tritt die Nachfolge von Dorle Terboven aus Nußloch an, die zwölf Jahre an der Spitze der Freien Wähler stand und es nun an der Zeit fand, das Amt in jüngere Hände zu geben.

Im Rahmen der Jahreshauptversammlung im Kerwehaus Weinheim wurde Schmitt per Handzeichen einstimmig gewählt. Seine Vorgängerin wird im erweiterten Vorstand aktiv bleiben. Als Vorsitzende des gastgebenden Ortsvereins und geschäftsführendes Vorstandsmitglied im FW-Landesverband rief Monika Springer dazu auf, schon im Vorfeld der Kommunalwahl 2019 vor allem auf jüngere Menschen zuzugehen.

Dass die Freien Wähler keine Partei seien, sei dabei von Vorteil. Straßenfeste sieht sie als gute Gelegenheit, um für die eigene Sache zu werben. Im Kreistag sind die Freien Wähler mit ihrer 20-köpfigen Fraktion die drittstärkste Kraft. Fraktionsmitglied Konrad Fleckenstein be-

richtete bei der Jahreshauptversammlung von der dortigen Arbeit. Demnach ging fast ein Drittel des Kreis-Etats für Sozialausgaben drauf. Sorgen bereite ihm, dass einfache Tätigkeiten auf dem Arbeitsmarkt mehr und mehr wegrationalisiert würden. Für diese Entwicklung gebe es keine einfachen Lösungen mehr. Als größeres Projekt kündigte er den Bau einer Biovergärungsanlage zur Strom-

erzeugung am Standort Sinsheim an. Die Anlage werde nur mit Biomüll und Grünschnitt aus der Region betrieben, erklärte er auf Anfrage aus dem Publikum.

Ebenso, dass Straßen nach ihrem Zustand saniert würden, der auf einer Dringlichkeitsliste vermerkt sei. Die Beschleunigung der Kommunikationstechnologie beziehungsweise der digitalen Infrastruktur nannte Jürgen Schmitt

als wichtiges Thema für die Metropolregion, die in dieser Hinsicht auch Modellregion sei. Ein Höhepunkt sei der Digital-Gipfel, der Mitte Juni in Ludwigshafen stattfindet und zu dem unter anderem Bundeskanzlerin Angela Merkel erwartet werde.

Schmitt skizzierte ferner die Entwicklung von Wohnbauflächen und ging auf die geplanten Radschnellwege ein. Dabei geht es um Hauptachsen für den Radverkehr in Nord-Süd- und Ost-West-Richtung und damit über Ländergrenzen hinweg, die für den Berufsverkehr mit dem Fahrrad genutzt werden könnten. Solche Radschnellwege müssten in Baden-Württemberg vier Meter breit sein, in Rheinland-Pfalz nur drei Meter.

Dies, so Schmitt, sei nur ein Beispiel, für was man in der Metropolregion so alles Kompromisse finden müsse, wenn man ein gemeinsames Projekt realisieren wolle. Damit nochmals zu den Vorstandswahlen im Rahmen der FW-Jahreshauptversammlung: Neu im erweiterten Vorstand sind neben der bisherigen Vorsitzenden Dorle Terboven noch Friedrich Ewald aus Schriesheim und Matthias Kurz aus Leimen. Schriftführerin ist Katharina Becker aus Schwetzingen.



Jürgen Schmitt, der neue Vorsitzende der Kreisverbandes der Freien Wähler, bei seiner Rede während der Jahreshauptversammlung. Foto: Kreuzer

Rhein-Neckar-Zeitung, 6. Mai 2017

Freie Wähler: Kreisverband hält in Weinheim Jahreshauptversammlung ab / Dorle Terboven hört nach zwölf Jahren als Vorsitzende auf

## Jürgen Schmitt ist der Neue an der Spitze

**WEINHEIM/RHEIN-NECKAR.** Zwölf Jahre führte Dorle Terboven erfolgreich den Kreisverband Rhein-Neckar der Freien Wähler als Vorsitzende an. Nun sei es Zeit, „dieses Amt in jüngere Hände“ abzugeben, betonte sie auf der Jahreshauptversammlung im Kerwehaus in Weinheim. Ihr Nachfolger ist Jürgen Schmitt aus Wiesloch – acht Jahre lang Bürgermeister von Plankstadt.

Schmitt wird den Kreisverband also in die Kommunalwahl 2019 führen. Um dort Erfolge verbuchen zu können, müssten sich die Freien

Wähler „gut aufstellen“, betonte Monika Springer, Ortsvorsteherin von Hohensachsen, Stadträtin und Mitglied im Landesverband. Dafür wollen die Freien Wähler sich verstärkt um die Jugend kümmern und neue Kandidaten gewinnen. „Sprechen Sie Leute an, die schon engagiert sind zum Beispiel als Elternvertreter oder in Vereinen, Organisieren Sie Feste und Events“, appelliert sie an die rund 20 Anwesenden. Im Landesverband selbst sind die Vorbereitungen auf die Wahl bereits angelaufen.

Den Blick auf die politische Gegenwart in der Metropolregion Rhein-Neckar richtete Jürgen Schmitt. Er berichtete von einem neuen Modell zur Wohnbauflächenberechnung, das künftig drei Kategorien vorsieht. Bei ländlichen Gegenden wie im Kraichgau rechne man von einem Mehrbedarf an Wohnraum von 0,8 Prozent innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren, in stärker besiedelten Gegenden mit einem Plus von 1,8 Prozent und in Städten wie Weinheim, Heidelberg und Mannheim sogar mit

einem Plus von 2,8 Prozent. „Wir hoffen, dass die Verteilung der Bauflächen dadurch so erfolgt, dass die Gemeinden sich weiter entwickeln können. Denn wir gehen von einem Wanderungsgewinn von 60 000 Wohnungen aus.“ Gemeint ist damit der Zuzug von außerhalb der Metropolregion.

Ein weiteres Thema sei der Bau von Radschnellwegen, speziell für alle, die mit dem Rad zur Arbeit pendeln und deshalb auf schnelle Verbindungen angewiesen sind. Derzeit gebe es eine Machbarkeitsstudie für einen solchen Radschnellweg Rhein-Neckar-Darmstadt.

Im Zusammenhang mit der geplanten ICE-Neubaustrecke Rhein-Main/Rhein-Neckar wollen sich die Freien Wähler verstärkt für den Lärmschutz an den Bestandsstrecken, zum Beispiel in Weinheim, starkmachen. „Wenn eine neue Strecke gebaut wird, werden viele Güterzüge auf Altstrecken verlagert – es werden teilweise bis zu viermal so viele sein“, warnte Schmitt.

Außerdem wolle die Metropolregion den Ausbau der Digitalen Infrastruktur beschleunigen und dafür auch in der Freiraumplanung abbilden. Will heißen: Ähnlich wie Straßen und Bahnschienen sollen die Digitalen „Verkehrswege“ verzeichnet werden.

Über die Kreistagsarbeit sprach Konrad Fleckenstein aus Malsch.

Das größte Budget im 726 Millionen Euro umfassenden Kreis-Haushalt gebe es im Sozialbereich: 152 Millionen Euro, plus 68 Millionen Euro für das Jugendamt. Und die Ausgaben steigen. „Allein die Zahl der Väter, die ihrer Unterhaltspflicht nicht nachkommen, hat zugenommen“, so Fleckenstein. Verärgert sei man auch über das Verhalten der Telekom in Sachen schnelles Internet. „Die Telekom hat sich jahrelang geweigert, zu investieren“, so der Kreisrat. Doch nun, in einer Zeit, in der der Rhein-Neckar-Kreis in Sachen HighSpeed-Netz selbst aktiv werde, erhöhe die Telekom durch Vectoring (die Beseitigung von elektromagnetischen Störungen) die Leistung. „Da rauf man sich doch die Haare“, so Fleckenstein.

Schnelles Internet, Radschnellwege, Technologie-Region – Sabine Reißig aus Eplfenbach im Kraichgau platze da fast der Kragen. Sie appellierte an die Vertreter im Kreistag und der Metropolregion: „Der Kraichgau fühlt sich abgehängt. Ihr sprecht hier von Radautobahnen und wir haben noch nicht einmal eine Radweg-Anbindung zur S-Bahn“, monierte sie.

Umso harmonischer verliefen die Pflichtteile der Hauptversammlung: einwandfreier Kassenbericht, einstimmige Entlastung des alten Vorstandes und einstimmige Wahl des neuen Vorstandes. **mmf**



Der Neue hat das Wort: Jürgen Schmitt (links, stehend) spricht auf der Jahreshauptversammlung der Freien Wähler Kreisverband Rhein-Neckar.

BILD: SABINE LOTZ

### Der neue Vorstand

■ **Vorsitzender:** Jürgen Schmitt (Wiesloch), Stellvertreter: Sabine Reißig (Eplfenbach) und Jochen Vetter (Hockenheim).

■ **Schriftführerin:** Katharina Becker (Schwetzingen), **Schatzmeister:** Horst Lenz (Wilhelmsfeld).

■ **Kassenprüfer:** Lona Burkert (Rauenberg), Anita Kühner (Leimen).

■ **Erweiterter Vorstand:** Friedrich Ewald (Schriesheim), Konrad Fleckenstein (Malsch), Udo Karoff (Wiesloch), Matthias Kurz (Leimen), Tobias Rehorst (St. Leon-Rot), Monika Springer (Weinheim), Dorle Terboven (Nußloch), Cornelia Wesch (Dossenheim).